

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat  
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

An den Vorsitzenden  
des Wirtschaftsausschusses  
Herrn Jörg van Geffen

An den Vorsitzenden  
des Stadtentwicklungsausschusses  
Herrn Niklas Kienitz

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 21.11.2019

**AN/1600/2019**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Wirtschaftsausschuss	21.11.2019
Stadtentwicklungsausschuss	05.12.2019

**Änderungsantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates  
hier: TOP 5.1 SPD-Antrag „Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen über  
Lebensmittelmärkten bauen - Ausnahmeregelung jetzt beschließen!,, AN/1442/2019**

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zum o.a. SPD-Antrag AN/1442/2019 in die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses am 21.11.2019 und des Stadtentwicklungsausschusses am 5.12.2019 aufzunehmen:

**Beschluss:**

Der o.a. Antrag wird wie folgt ersetzt:

- a. Der Ausschuss bekräftigt den Ratsbeschluss AN/0441/2018 vom 20.03.2018, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, „aktuelle Projekte vorzustellen, die die integrierte Nutzung von Einzelhandel und Parkraum plus Wohnen in ihre Planungen aufgenommen haben.“
- b. Gemäß dem o.a. Ratsbeschluss wird die Verwaltung gebeten, dem Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss die vorliegenden Interessensbekundungen darzustellen, in denen Grundstückseigentümer von Supermärkten eine Nachverdichtung

mit Wohnungsbau auf Bestandsgrundstücken bzw. an neuen Standorten realisieren möchten.

- c. Die Verwaltung soll Pilotprojekte identifizieren, die sich für eine zügige Umsetzbarkeit eignen und dabei vorrangig Standorte wählen, in denen bislang keine oder unzureichende Nahversorgung herrscht auf der Grundlage des geltenden Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (EHZK).
- d. Die Verwaltung wird gebeten, Supermarktbetreiber bzw. Grundstückseigentümer anzusprechen, um sie für eine Nachverdichtung mit Wohnungsbau auf ihren Bestandsgrundstücken zu motivieren und dazu zügige Genehmigungsverfahren anzubieten.
- e. Bei möglichen Neuansiedlungen nach dem Einzelhandelskonzept soll immer die Option Wohnungsbau sowie soziale Infrastruktur mitgeplant werden.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz  
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer  
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer